

XII.

Resolution gegen die revisionistischen Bestrebungen, beschlossen auf dem Parteitag der SPD in Dresden 1903

Vorbemerkung des Herausgebers

Von Oktober 1896 bis April 1897 veröffentlichte Eduard Bernstein in der »Neuen Zeit« die Artikelserie »Probleme des Sozialismus«, die die Grundlage seiner im Januar 1899 erscheinenden Broschüre »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie« und damit für den Revisionismus bildete. Glaubte Bernstein zunächst nur eine systemimmanente Revision des Marxismus vornehmen zu müssen, so ging er spätestens seit 1901 (»Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?«) mit der Leugnung der Wissenschaftlichkeit des Sozialismus und der Propagierung eines ethisch begründeten Sozialismus über den Marxismus hinaus. Aufgrund des stetigen Anwachsens der SPD und ihres hohen Sieges bei den Reichstagswahlen von 1903, bei denen die Partei 3 von etwa 8 Millionen Wählerstimmen erhielt und zweitstärkste Reichstagsfraktion wurde, forderte Bernstein im Juli 1903 die Beteiligung der SPD bei der Besetzung des Reichstagspräsidiums, was die Verpflichtung zur Huldigung des Kaisers mit sich gebracht hätte. – Bereits im September 1898 hatte Rosa Luxemburg den Revisionismus in einer Artikelserie »Sozialreform oder Revolution?« als theoretischen Ausdruck bürgerlichen Opportunismus scharf angegriffen, ebenso Clara Zetkin im April 1899 (»Wider die sozialdemokratische Theorie und Taktik«) und Kart Kautsky im September 1899 (»Bernstein und das sozialdemokratische Programm«). Nach langen Diskussionen innerhalb der Partei wurde auf dem Parteitag in Hannover im Oktober 1899 zum ersten Mal mit der Annahme einer von Bebel eingebrachten Resolution offiziell gegen den Revisionismus Stellung bezogen, desgleichen 1901 auf dem Parteitag in Lübeck. Den Höhepunkt der Abwehr revisionistischer Bestrebungen bildete die hier abgedruckte, auf dem Dresdner

Parteitag vom 13.-20. September 1903 mit 288 gegen 11 Stimmen angenommene Resolution, die im folgenden Jahr auf Betreiben Bebels auch vom Internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam akzeptiert wurde. Insgesamt blieb es jedoch bei diesen Beschlüssen: theoretische Aussagen ohne praktisch-organisatorische Folgerungen.

Der Parteitag fordert, dass die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstage durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, dass sie es aber ablehnt, höfische Verpflichtungen zu übernehmen oder irgendwelchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, dass an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, dass aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, dass die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt,

1. dass die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und dass sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten;
2. dass die Sozialdemokratie, gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900, einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, dass die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, »und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken«.